

Niederschrift

**über die Sitzung am Mittwoch, 29.09.2010
im Kreishaus Borken**

Anwesend:

Vorsitz:

Annette Demes Ahaus

Mitglieder:

Heidi Buskase	Gronau	Vertretung für Gerti Tanjsek
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Marc Frieler	Gronau	
Giselheid Lönker-Rduch	Borken	Vertretung für Maja Saatkamp
Johannes Maus	Velen	Vertretung für Jens Spahn
Karin Mikosch-Eimann	Gronau	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Walburga Schmitz	Vreden	
Silke Sommers	Bocholt	
Marion Wirth	Stadtlohn	

Es fehlen entschuldigt:

Ulrich Holzer Bocholt

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Hermann Paßlick
Irmgard Paßerschroer
Martina Jansen

Gäste:

Maria Arlinghaus	Frauenhaus des Caritasverbandes Bocholt
Agnes Denkler	frauen für frauen e.V., Ahaus
Gudrun Schemitzek	Frauenschutzwohnung des SKF Gronau
Hildegard Bancken	Frauenschutzwohnung des SKF Gronau
Birgit Wies	Kontakt- und Anlaufstelle bei häuslicher Gewalt des SKF Ahaus-Vreden

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Demes eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Frau Demes begrüßt besonders Frau Maria Arlinghaus, Frauenhaus des Caritasverbandes Bocholt, Frau Agnes Denkler, frauen für frauen e.V. Ahaus, Frau Gudrun Schemitzek und Frau Hildegard Bancken, Frauenschutzwohnung des SKF Gronau, und Frau Birgit Wies, Kontakt- und Anlaufstelle bei häuslicher Gewalt des SKF Ahaus-Vreden.

Außerdem heißt Sie Herrn Dr. Paßlick willkommen, der Herrn Dr. Zwicker, der wegen anderer Verpflichtungen leider nicht an der Sitzung teilnehmen könne, vertrete.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Beratungs- und Schutzeinrichtungen für Frauen im Kreis Borken
Informations- und Erfahrungsaustausch mit Vertreterinnen des
Frauenhauses des Caritasverbandes Bocholt, der
Frauenschutzwohnung des SKF Gronau, der Kontakt- und Anlaufstelle
bei häuslicher Gewalt des SKF Ahaus-Vreden und der Beratungsstelle
"frauen für frauen e.V." in Ahaus**

Frau Paßerschroer führt einleitend aus, dass die Arbeit in Beratungs- und Schutzeinrichtungen für Frauen im Kreis Borken sehr wichtig und unerlässlich sei. Gewalt im sozialen Nahraum sei keine Privatsache, sondern ein Phänomen, das von allen Verantwortlichen ernst genommen und bekämpft werden müsse. Jede vierte Frau erlebe mindestens einmal im Leben Gewalt durch den Partner, so das Ergebnis einer Studie im Auftrag der Bundesregierung. Betroffen seien alle Alters- und Bildungsschichten.

Häusliche Gewalt sei nach wie vor eines der größten Gesundheits- und Lebensrisiken für Frauen. In viele Fällen seien die Kinder mit betroffen. Opfer familiärer Gewalt bräuchten sichere Zufluchtsorte und Beratungsstrukturen. Deshalb seien die Frauenberatungs- und Frauenschutzeinrichtungen unverzichtbar. Jährlich suchten in Deutschland ca. 40000 Frauen und in NRW ca. 5000 Frauen mit und ohne Kinder Schutz, Zuflucht und Unterstützung in Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen und Frauenberatungsstellen. Diese Zahlen machten deutlich, dass es auch im Kreis Borken sichere Zufluchtsstätten für Frauen und Kinder geben müsse. Dabei sei eine Vernetzung und Kooperation aller Einrichtungen erforderlich. Dieses sei im Kreis Borken der Fall – nicht zuletzt auch durch die intensive Zusammenarbeit der Fachkräfte im Runden Tisch gegen häusliche Gewalt – GewAlternativen.

Frau Arlinghaus berichtet, das Frauenhaus Bocholt biete seit vielen Jahren Schutz und Sicherheit vor häuslicher Gewalt. Immer mehr junge Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund suchten Beratung und Schutz im Frauenhaus. Durch den Einzug ins Frauenhaus werde der Gewaltkreislauf durchbrochen, und die Frauen bekämen Hilfe bei akuten Problemen und bei der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit. Die Mitarbeiterinnen versuchten, die Frauen zu stabilisieren, zu ermutigen und sie hinsichtlich der Möglichkeiten und Auswege aus der belastenden Situation zu beraten. Hierzu gehöre u.a. die Suche nach einer eigenen Wohnung oder aber die Frage der Rückkehr bzw. Nicht-Rückkehr zum Partner. Ein wichtiger Bereich sei die Arbeit mit den betroffenen Kindern, bei denen häufig Verhaltensauffälligkeiten festzustellen seien. Die Frauen würden in der Betreuung und im

Umgang mit ihren Kindern unterstützt und gestärkt. Wichtige Ziele der Frauenhausarbeit seien ferner der Austausch der betroffenen Frauen untereinander und die Aufdeckung der Gewalt gegenüber den Frauen. Auch die nachgehende Beratung, zu der auch das Umgangsrecht des Vaters gehöre, sei ein wichtiger Bestandteil der Beratungsarbeit und habe in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Frauenhausarbeit sei immer auch Präventionsarbeit. So sei der angemessene Umgang mit Konflikten ein wesentliches Element der Arbeit mit den betroffenen Frauen und Kindern.

Das Frauenhaus Bocholt verfüge über acht Zimmer. Im Jahr 2009 hätten 41 Frauen und 60 Kinder für durchschnittlich 2 Monate im Frauenhaus gelebt. Davon seien 56% 18 bis 30 Jahre alt und 39% 36 bis 50 Jahre alt gewesen. Ca. 25% der Frauen kämen aus Bocholt, ca. 30% aus den übrigen Orten des Kreisgebietes, ca. 10 % aus dem Kreis Wesel und ca. 35% aus anderen Kreisen. Die Hälfte der Bewohnerinnen sei in 2009 deutscher Herkunft gewesen, die andere Hälfte habe einen Migrationshintergrund gehabt.

Das Frauenhaus werde im Rahmen der Förderrichtlinien des Landes NRW gefördert. Die vierte Stelle werde zum Teil gesponsert. Verbleibende Kosten seien zwischen Kreis und Caritasverband im Rahmen einer Tagesfinanzierung vereinbart.

Frau Denkler berichtet, der kreisweit zuständige Verein „frauen für frauen“ mit Sitz in Ahaus unterstütze seit nunmehr 25 Jahren mit der Frauenberatungsstelle und dem Frauennotruf Frauen in verschiedenen Lebensbereichen und in Not- und Krisensituationen. Der Verein sei dem Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V. und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband NRW e.V., angeschlossen.

Der Verein verstehe sich als Interessenvertretung für Frauen. Das Angebot richte sich an Frauen und Mädchen ab 16 Jahren – unabhängig von Nationalität, Konfession sowie Wohn- und Lebenssituation. Es sei auf keinen Themenbereich beschränkt, sondern orientiere sich an dem jeweiligen Anliegen und den individuellen Lebensumständen der Frauen. Neben der allgemeinen Beratung von Frauen und Mädchen würden Beratung und Krisenintervention zu den Themen Gewalt, Trennung und Scheidung, Beziehungs- und Partnerschaftskrisen, Frauengesundheit und psychosomatische Erkrankungen durchgeführt. Der Schwerpunkt liege im Bereich Gewalt gegen Frauen. So seien 60% der Frauen, die die Beratungsstelle aufsuchten, von Gewalt betroffen. Wichtig sei dem Verein, den Schutz und die Sicherheit der Frauen und deren Kinder zu gewährleisten.

Die 1,5 vom Land NRW bezuschussten Vollzeitstellen für die Frauenberatungsstelle teilten sich drei hauptamtliche Fachkräfte. Die 0,5 vom Land NRW bezuschusste Fachstelle für den Frauennotruf werde von einer hauptamtlichen Fachkraft besetzt. Insgesamt würden 70% der Personalkosten vom Land finanziert. Die Restkosten würden durch Zuschüsse des Kreises Borken sowie über Spenden, Bußgelder und Mitgliedsbeiträge gedeckt. Darüber hinaus seien insgesamt 13 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen für den Verein tätig. Seit einigen Jahren biete der Verein in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz Sprechstunden in Borken an.

Zu den Angeboten des Vereins gehörten auch Vorträge, Fortbildungsangebote und Informationsveranstaltungen zu den verschiedenen Themenbereichen.

In 2009 seien insgesamt 281 Frauen beraten und die Kursangebote von 136 Frauen und Mädchen genutzt worden.

Frau Schemitzek von der Frauen- und Kinderschutzwohnung des SKF in Gronau führt aus, dass in 2009 insgesamt 25 Frauen und 15 Kinder in der Einrichtung Zuflucht gefunden hätten. Acht Aufnahmeanfragen seien wegen Überbelegung abgelehnt worden. Weiteren zwölf Aufnahmeanfragen sei aufgrund von Ausschlusskriterien (Alkoholismus, Obdachlosigkeit, psychische Erkrankungen, Frauen unter 18 Jahren) nicht entsprochen worden.

Die Verweildauer habe zwischen 2 und 104 Tagen und durchschnittlich ca. 40 Tage betragen. Die Wohnung biete 4 Frauen (in Notfällen 5 Frauen) und max. 6 Kindern eine Unterkunft. Die Aufnahme könne rund um die Uhr erfolgen. In der Regel werde der Kontakt über die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen des SKF, die Polizei, Beratungseinrichtungen, Freunde, Verwandte oder Nachbarn des Opfers hergestellt. Jede Frau erhalte ein eigenes Zimmer und einen eigenen Wohnungs- und Haustürschlüssel.

Das Ziel der Einrichtung sei es, Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen seien, in einer vertrauensvollen Atmosphäre Schutz und Hilfestellung zu bieten. Häufig werde auch nach Aufnahme in die Schutzwohnung von den Partnern noch massiv Druck auf die Frauen ausgeübt. Kinder würden nicht selten als Druckmittel eingesetzt. Ein großes Thema bei Frauen mit Migrationshintergrund sei die Zwangsheirat. Schwerpunkt der Arbeit sei zunächst die Krisenintervention und die Stabilisierung der Frauen. Darüber hinaus würden die Frauen in sozialrechtlichen, finanziellen und erzieherischen Fragen beraten. Ferner würden sie zu Ämtern, Gerichten und der Polizei begleitet. Den Frauen solle ermöglicht werden, wieder Vertrauen in ihre persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln und ihr Leben selbstständig zu meistern. 1x monatlich finde ein Gruppentreffen statt, an dem auch früher betreute Frauen teilnahmen. Hier solle den Frauen die Möglichkeit gegeben werden, sich gegenseitig zu ermutigen, eigene Ressourcen aufzubauen und Kontakte zu knüpfen bzw. zu vertiefen.

Frau Schemitzek legt dar, sie arbeite mit einer halben Stelle in der Frauenschutzwohnung. Diese Stelle finanziere sich ausschließlich über einen Sponsor. Sie werde unterstützt von der Erzieherin Hildegard Bancken, die beim SKF Ahaus-Vreden angestellt sei und im Rahmen einer Kooperation die Arbeit der Frauenschutzwohnung in Gronau unterstütze.

Frau Wies verteilt zu Beginn ihres Vortrages je ein Paket Papiertaschentücher an die Anwesenden. In diesem Paket seien die Adresse und Telefonnummer der Kontakt- und Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt enthalten. Die Idee sei, dass die von Gewalt betroffenen Frauen im Notfall direkt mit der Kontakt- und Anlaufstelle aufnehmen könnten, ohne dass der Partner, Ehemann oder Sohn etwas davon bemerkten.

Die Frauen, die die Beratung in Anspruch nähmen, kämen in der Regel über die Polizei, die unterschiedlichen Beratungsstellen und Netzwerke oder über Frauen, die bereits in der Beratung gewesen seien. Häufig würden die Frauen zunächst bei Netzwerkpartnerinnen zu anderen Themen beraten. Erst später stelle sich heraus, dass das eigentliche Problem die häusliche Gewalt sei. Die Zahl der Selbstmelderinnen sei in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Außerdem sei die Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt sehr hoch.

Das Gewaltschutzgesetz, das 2002 in Kraft getreten sei, ermögliche es, im Eilverfahren verschiedene Maßnahmen zu treffen. So könne die Polizei zum Schutz der Frauen und Kinder den Täter der Wohnung verweisen und ein Rückkehrverbot von 10 Tagen aussprechen. In dieser Zeit könne die Frau überlegen, wie es weitergehen soll.

Viele Frauen benötigten eine intensive, meist über einen längeren Zeitraum gehende Beratung. Sofern erforderlich, würden die Frauen an andere Stellen weitervermittelt. Hier zeige sich die gute Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Fachleute im Kreis Borken, die nicht zuletzt über den Runden Tisch gegen häusliche Gewalt – GewAlternativen – zustande gekommen sei.

Die Zahl der Frauen, die die Beratung in Anspruch genommen hätten, sei in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Von 32 Frauen in 2007 sei die Zahl über 48 Frauen in 2008 auf 52 Frauen in 2009 angestiegen. In 2010 seien es bislang bereits 60 Frauen, die von ihr beraten worden seien.

Zu den Angeboten der Kontakt- und Anlaufstelle gehörten auch die Präventionsarbeit an Schulen und in Kindergärten und die Öffentlichkeitsarbeit.

Sie arbeite mit einer halben Stelle. Durch die Kooperation mit dem SKF Gronau könne eine Vertretung sichergestellt werden. Die Stelle werde vom Diözesan-Caritasverband als Modellprojekt bis Ende Mai 2011 gefördert.

Frau Wirth erkundigt sich, wie viele Frauen nach einem Aufenthalt im Frauenhaus wieder in ihre Beziehung zurückkehrten.

Frau Arlinghaus antwortet, dies seien nach einer Landesstatistik von 2008 ca. 30% der Frauen. Das Frauenhaus Bocholt habe für das Jahr 2009 eine Zahl von 22% ermittelt.

Frau Wirth möchte außerdem wissen, wie es gelingen könne, mehr Frauen mit akuten Gewalterfahrungen in die Beratungsstellen zu vermitteln.

Frau Wies antwortet, dass zur Verbesserung dieser Situation aktuell Gespräche mit der Polizei und speziell mit den Opferschutzbeauftragten stattfinden würden.

Frau Arlinghaus ergänzt, dass das Rückkehrverbot von 10 Tagen für die Frauen häufig zu kurz sei, um die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Frau Schmitz fragt, was im Vorfeld getan werden könne, um Mädchen und junge Frauen dahingehend zu stärken, sich gegen die Gewalt zu wehren.

Frau Denkler entgegnet, dass der Verein „frauen für frauen“ aus diesem Grund Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Mädchen anbiete.

Frau Wies ergänzt, wichtig sei nicht nur die Arbeit mit den Mädchen, sondern auch mit den Jungen. Deshalb würden vom SKF auch Präventionsangebote in den Schulen durchgeführt.

Frau Dannenbaum erkundigt sich danach, wie alt die Frauen seien und ob ein guter Bildungsabschluss bzw. ein eigener Beruf von Vorteil sei.

Frau Denkler antwortet, dass häusliche Gewalt häufig in der Schwangerschaft bzw. kurz nach der Geburt der Kinder beginne. Ein guter Beruf bzw. eine Ausbildung schützten zwar nicht vor Gewalt, würden aber dazu beitragen, dass Frauen sich finanziell unabhängig machen und sich damit leichter von ihren gewalttätigen Partnern lösen könnten.

Frau Mikosch-Eimann fragt Frau Denkler, welche Qualifikationen die Mitarbeiterinnen von „frauen für frauen“ hätten und wie sie sich angesichts der Vielzahl von Angeboten weiterbilden würden.

Frau Denkler erwidert, von den Mitarbeiterinnen (1 Diplom-Sozialarbeiterin, 1 Diplom-Sozialpädagogin, 2 Diplom-Pädagoginnen) hätten drei eine Zusatzqualifikation im Bereich der klinischen Psychologie und Psychotraumatologie absolviert. Die hauptamtlichen Fachkräfte begleiteten die Frauen, machten selber aber keine Therapie. Die Gruppenangebote würden zum Teil von externen Referentinnen gemacht.

Frau Mikosch-Eimann interessieren die gesellschaftlichen Schichten, aus denen die Frauen stammen.

Frau Arlinghaus entgegnet, Gewalt komme in allen Schichten vor. Viele Frauen seien allerdings finanziell nicht dazu in der Lage, sich zu lösen und hätten auch kein soziales Netz, das sie auffangen würde.

Frau Lönker-Rduch ist der Ansicht, dass häusliche Gewalt ein gesamtgesellschaftliches Problem darstelle und daher auf allen Ebenen und in allen Bereichen frühzeitig thematisiert werden müsse.

Frau Dannenbaum erkundigt sich nach der Finanzierung der Frauenschutzeinrichtungen.

Frau Paßerschroer antwortet, die Frauenhausfinanzierung sei eine freiwillige Leistung von Bund, Land und Kommune und damit jederzeit widerrufbar. Es gebe keine gesetzliche Grundlage. Im Jahre 2006 seien in NRW die Mittel im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gekürzt worden, indem die Förderung der 4. Stelle in den Frauenhäusern weggefallen sei. Die derzeitige Landesregierung plane, die 4. Stellen in den Frauenhäusern wieder zu fördern.

Frau Buskase ist der Ansicht, dass die Finanzierung der Frauenberatungsstellen und Frauenschutzeinrichtungen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe sei und auch die Kommunen hier in der Verantwortung stünden.

Auch Frau Röhrmann hält eine weitere Unterstützung und Absicherung dieser wichtigen Arbeit seitens der Politik für dringend erforderlich.

Frau Demes hält als Fazit fest, dass der Arbeitskreis Gleichstellung die Frauenberatungs- und Schutzeinrichtungen als unverzichtbar erachte und sie in ihrer Arbeit weiterhin fördern und unterstützen werde.

Sie bedankt sich bei den Referentinnen für die interessanten und informativen Ausführungen.

Punkt 2: Informationen zu der Ausstellung "Rosenstraße 76"

Frau Paßerschroer berichtet, dass die Ausstellung „Rosenstraße 76“ vom 29.10. - 25.11.2010 in der Hausmeisterwohnung der Staatsanwaltschaft in Bocholt stattfinden werde. Hierbei handle es sich um eine Ausstellung, die den Besucherinnen und Besuchern häusliche Gewalt dort zeige, wo sie stattfindet: in den eigenen vier Wänden. Anhand von Einrichtungsgegenständen in einer Wohnung mache sie die Dimensionen häuslicher Gewalt sichtbar.

Verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Ausstellung sei die „Projektgruppe Rosenstraße“ des Runden Tisches GewAlternativen, die bereits viel Engagement und Zeit in die Realisierung des Projektes investiert habe. Neben einer Reihe von Sponsorinnen und Sponsoren habe nun auch das Land einen Zuschuss für das Projekt bewilligt.

Frau Röhrmann, die Sprecherin der Arbeitsgruppe ist, ergänzt, dass es auch ein interessantes Rahmenprogramm geben werde. Neben verschiedenen Fachvorträgen seien auch musikalische und literarische Beiträge geplant. Die Flyer würden zurzeit erstellt und auch die Plakate seien in Druck. Die Vernissage finde am 29.10.10 um 16:00 Uhr in den Ausstellungsräumen der ehemaligen Staatsanwaltschaft statt. Mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Christuskirche werde am 25.11.2010 um 18:30 Uhr die Ausstellung beendet.

Punkt 3: Verschiedenes

- Frau Paßerschroer gibt bekannt, dass die diesjährige Fachtagung des Runden Tisches GewAlternativen am 11.11.2010 stattfinden werde. Das Thema laute: „Migration und häusliche Gewalt – Impulse, Herausforderungen, Lösungsansätze“.
Referentin sei die Diplom-Pädagogin Sabine Kriechhammer-Yagmur vom Paritätischen Bildungswerk Frankfurt.
- Gemeinsam mit Frau Deelmann aus der Personalabteilung der Stabsstelle habe sie einen Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen des Frauenförderplans erarbeitet. Hierüber soll in einer der nächsten Sitzungen berichtet werden.
- Da die Förderung der Maßnahmen zur beruflichen Gleichstellung von Frau und Mann Ende 2010 auslaufe, müsse über die weitere Förderung in 2011 und den Folgejahren ein neuer Beschluss gefasst werden. Dieses solle im Rahmen der Haushaltsplanberatungen geschehen.

- Frau Paßerschroer berichtet, die frauenfeindliche Werbeanzeige der Firma Menke Hallenbau aus Haren in der Juli-Ausgabe der „Wirtschaft aktuell“ (Nr. 79), auf die in der letzten Sitzung des Arbeitskreises aufmerksam gemacht worden sei, sei nach Aussage der Verlagsleitung von dem Unternehmen vor der Veröffentlichung dem Werberat zur Prüfung vorgelegt und von diesem nicht beanstandet worden. Deshalb gebe es nach Aussage des Geschäftsführers der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Herrn Dr. Kleinschneider, rechtlich keine Handhabe, obwohl er selber die Anzeige als völlig deplatziert und nicht in den seriösen Rahmen eines Wirtschaftsmagazins passend eingestuft habe.

Die Arbeitskreismitglieder sind nach wie vor überwiegend der Meinung, dass mit dieser Werbeanzeige die Grenzen des guten Geschmacks bei Weitem überschritten werden.

- Die nächste Sitzung des Arbeitskreises Gleichstellung findet am **Mittwoch, 24.11.2010, um 17:00 Uhr** statt.

Vorsitzende Demes schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Annette Demes
Vorsitzende

Irmgard Paßerschroer
Schriftführerin